

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

20. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki, Finnland

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
		– Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan (FDP)
		– Abgeordneter Matthias Lietz (CDU/CSU)
		– Abgeordneter Torsten Staffeldt (FDP)
I Zusammenfassung	1	An der 20. BSPP-Konferenz nahmen Parlamentarierinnen und Parlamentarier der nationalen und regionalen Parlamente der elf Ostseeanrainerstaaten, des Ostseerates, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments sowie Vertreter der Europäischen Kommission, der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und zahlreiche Beobachter von Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und anderen Vereinigungen teil.
II Konferenzeröffnung	2	
III Erster Sitzungsabschnitt „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“	2	
IV Zweiter Sitzungsabschnitt „Maritime Fragen“	5	
V Dritter Sitzungsabschnitt „Zivile Sicherheit“	7	
VI Vierter Sitzungsabschnitt „Grünes Wachstum, Energie, Klima und Finanzen“	8	Das Generalthema der Konferenz lautete „Grünes Wachstum für eine sauberere Ostsee“. In vier Sitzungsabschnitten wurden die Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Maritime Fragen“, „Zivile Sicherheit“ und „Grünes Wachstum, Energie, Klima und Finanzen“ behandelt. Ferner wurden die Abschlussberichte der Arbeitsgruppen „Integrierte Maritime Politik“ und „Zivile Sicherheit“ sowie der Bericht über die Arbeit der Helsinki-Kommission (HELCOM) vorgestellt. Die Delegierten verabschiedeten am letzten Konferenztag einstimmig die unter Punkt IX. abgedruckte Entschließung.
VII Abschlussitzung „Die Zukunft der parlamentarischen Zusammenarbeit in der Ostseeregion“ – Podiumsdiskussion	10	
VIII Wahl der Vorsitzenden und Verabschiedung der Konferenzdokumente ...	11	
IX Verabschiedete Konferenzentschließung	13	Eingedenk des zwanzigjährigen Bestehens der Konferenz richteten die Teilnehmer den Blick zum einen auf das bisher Erreichte, zum anderen aber auch auf weiterhin ungelöste Probleme in der Ostseeregion, wie den besorgniserregenden ökologischen Zustand der Ostsee, den zunehmenden Schiffsverkehr und die damit verbundenen Risiken von Verschmutzung und Kollisionsgefahren auf der Ostsee. Viele Redner forderten eine verbesserte Zusammenarbeit und Koordinierung unter den Anrainerstaaten der Ostseeregion, insbesondere im Hinblick auf ein ostseeweites Schiffskontrollsystem und die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und des Menschen- und Drogenhandels in der Region. Abgeordneter Franz Thönnies (Deutscher Bundestag) machte in seinen Ausführungen bei der abschließenden Podiumsdiskussion deutlich, dass gerade angesichts der tragischen Ereignisse in Norwegen Parlamente, Regierungen und die Zivilge-

I Zusammenfassung

Die 20. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPP*) fand vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki, Finnland, statt. Der Delegation des Deutschen Bundestages gehörten folgende Mitglieder an:

- Abgeordneter **Franz Thönnies** (SPD), Delegationsleiter
- Abgeordneter **Dr. Johann Wadehul** (CDU/CSU), stellv. Delegationsleiter

sellschaften in ihren Bemühungen nicht nachlassen dürfen, sich für die Vermittlung der demokratischen Werte, für Toleranz, Meinungsfreiheit und die Achtung der Menschenwürde einzusetzen und dies durch Bildungsmaßnahmen bereits ab der Grundschule und dem Kindergarten verstärkt umzusetzen.

II Konferenzöffnung

Der finnische Parlamentspräsident, **Eero Heinäluoma**, betonte in seiner Eröffnungsrede, dass die 20. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz Anlass sei, auf deren Anfänge im Jahre 1991 zurückzublicken und mit Stolz festzustellen, dass die damaligen Akteure, darunter der frühere finnische Parlamentspräsident Kalevi Sorsa, trotz ungünstiger politischer Gegebenheiten den Mut besessen hätten, ein Projekt ins Leben zu rufen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit unter den Ostseeanrainern zu verbessern. Viel habe sich seit damals zum Besseren gewendet; jedoch seien die in Zukunft zu bewältigenden Herausforderungen immer noch groß. Das politische Ziel, Wohlstand für alle Menschen in der Region herbeizuführen, die Zusammenarbeit zu vertiefen und neue Formen des Miteinanders zu finden, könne nur dann nachhaltig sein, wenn es sich auch an Umwelterfordernissen und an sozialen Kriterien orientiere. Die Zeit dränge, ein vernünftiges ökologisches Gleichgewicht in der Ostseeregion zu finden und bereits eingetretene Schäden schnellstmöglich zu beheben.

Die Abgeordnete **Susanna Huovinen**, Leiterin der finnischen Delegation, unterstrich, dass der Blick über den nationalen Tellerrand hinaus gehen müsse und dass eine gute Vernetzung aller Akteure in der Region wichtig sei. Die Ostsee sei ein gemeinsamer Schatz, den es zu hüten und zu pflegen gelte. Der Zustand der Ostsee sei alarmierend. Daraus ergäben sich große Herausforderungen, aber Lösungswege seien erkennbar und müssten genutzt werden. „Ownership“ – Eigenverantwortung – sei das Schlüsselwort. Jeder müsse sich verantwortlich fühlen, und es sei wichtige Aufgabe der Parlamentarier, in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für den problematischen Zustand der Ostsee weiter zu sensibilisieren.

Dr. Jürgen Schöning, ehemaliger Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Freistaates Thüringen, blickte zurück auf die 20-jährige Geschichte der Ostseeparlamentarierkonferenz. Auch wenn die BSPC offiziell 1991 in Helsinki gegründet worden sei, so habe der Prozess tatsächlich aber schon 1975 mit der Unterzeichnung der OSZE-Schlussakte – ebenfalls in Helsinki – begonnen. Eine Einladung des damaligen finnischen Parlamentspräsidenten an alle Parlamente der Region – sowohl nationale als auch regionale – sei zu dieser Zeit keine Selbstverständlichkeit gewesen. Die erste Konferenz sei eine Konferenz der Außenminister gewesen, und auch heute sei klar, dass die Parlamente die Unterstützung der Exekutive benötigten. So wie der Nordische Rat der BSPC bei ihrem Entstehungsprozess geholfen habe, so sei auch heute das sich gegenseitig befruchtende Verhältnis zwischen Ostseerat und Ostseeparlamentarierkonferenz ein Zeichen für die wichtige Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regie-

rung. Eingehend auf die Strukturen und Gremien der BSPC betonte Jürgen Schöning, dass die institutionelle Entwicklung der BSPC in den letzten Jahren dazu beigetragen habe, allen Mitgliedstaaten und parlamentarischen Organisationen die Möglichkeit zu geben, auch zwischen den Jahreskonferenzen Gespräche zu führen, sich untereinander zu beraten und sich an dem Arbeitsprozess der BSPC zu beteiligen. Die Abstimmung der Prioritäten zwischen BSPC und Ostseerat (Council of Baltic Sea States – CBSS) repräsentiere einen Meilenstein auf dem Weg zu mehr Effizienz und stärkerer politischer Aussagekraft. Zusammenfassend stellte Jürgen Schöning fest, dass die Ostseeregion eine große Aufwertung erfahren habe und die Zusammenarbeit in der Ostseeregion mit Fug und Recht als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden könne.

Pertti Joenniemi, wissenschaftlicher Berater am dänischen Institut für internationale Studien, beschrieb die Ostseeregion als die am weitesten entwickelte Region in Europa. Auch die Europäische Union bezeichne sie als vorbildhaft. Sehr positiv sei zu bewerten, dass die EU-Ostseestrategie als makro-regionale Strategie eine führende Rolle übernommen habe. Damit könne sich die Ostseeregion als Pionier- und Modellregion in Europa entwickeln. Die wachsende Bedeutung der nördlichen und der arktischen Region dürfe aber nicht zu einem Wettstreit der Regionen führen; vielmehr müssten politische Maßnahmen erarbeitet werden, die ein fruchtbares Miteinander und eine gegenseitige Ergänzung der erwähnten Regionen gewährleisten. Ein weiterer Aspekt seiner Ausführungen galt dem Thema zivile Sicherheit. Er regte an, zum Beispiel einen Bericht über die Sicherheitszusammenarbeit in der Ostseeregion zu erstellen, um Handlungsbedarf zu identifizieren. Die tatkräftige Umsetzung kühner Visionen habe die Agenda der ersten BSPC-Konferenz vor 20 Jahren gekennzeichnet. Heute – 20 Jahre später – sei erneut der Zeitpunkt gekommen, sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen und die sich bietenden Chancen und Möglichkeiten zu ergreifen.

III Erster Sitzungsabschnitt „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“

Die amtierende Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz, die Abgeordnete **Christina Gestrin** (Finnland), stellte in ihrer Eröffnungsrede heraus, dass es seit der ersten Konferenz bemerkenswerte Erfolge und eine Vielzahl an positiven Entwicklungen in der Ostseeregion gegeben habe. Als besonders wichtig sehe sie hierbei die Entwicklung zu einer Region des Friedens, der Demokratie und der Zusammenarbeit an. Mit großer Empörung sei der Terroranschlag in Oslo als Versuch zurückzuweisen, die Grundlagen der Demokratie als solche zu beschädigen und die Offenheit einer Gesellschaft zu zersetzen. Wie die norwegische Regierung und die Bevölkerung einhellig zum Ausdruck gebracht hätten, sei die beste Antwort auf eine solche Tat, sich noch mehr für eine offene Gesellschaft einzusetzen. In ihrem Bericht über die Zusammenarbeit in der Ostseeregion habe sie festgestellt, dass die Staaten der Region sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten einander angenähert hätten, dass enge politische und wirtschaftliche Beziehungen entstanden seien und

sich gemeinsame Initiativen und eine ausgezeichnete Zusammenarbeit herausgebildet hätten. Zu den dringend zu lösenden Problemen der Zukunft zähle sie die starke Eutrophierung der Ostsee, der durch den Bau von Wasseraufbereitungsanlagen entgegengewirkt werden könne. Zudem gelte es, den durch das hohe Schiffsaufkommen auf der Ostsee entstandenen Belastungen durch neueste Schiffstechnologien und gemeinsame Initiativen bei der Unfallprävention rechtzeitig Einhalt zu gebieten. Wichtig seien für die Region aber auch die Förderung grenzüberschreitender Arbeitsplätze und die Unterstützung der Grenzpendler durch gemeinsame Regelungen, die sozial gerecht und förderlich für die Wirtschaft der Region insgesamt seien. Es sei festzustellen, dass sozialer Fortschritt und Wohlstand in den einzelnen Teilen der Ostseeregion sehr stark variierten. Frau Gestrin würdigte die Zusammenarbeit der BSPC mit dem Ostseerat als fortlaufenden Prozess mit einer Vielzahl von Möglichkeiten und unterschiedlichsten Ansätzen. Die Zusammenarbeit erstreckte sich auch auf die Arbeitsgruppen beider Organisationen, die durch einen guten Erfahrungsaustausch untereinander eine gegenseitig befruchtende Arbeit leisteten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen hätten sich als wichtige politische Instrumente bei der Tätigkeit der BSPC insgesamt erwiesen. Sie hätten zu konkreten politischen Empfehlungen und Feststellungen geführt, die auch für die Debatten auf nationaler Ebene wichtig seien.

Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt (Deutschland), dankte Finnland als Gastgeber und würdigte die traditionell großzügige Gastfreundschaft und die Bereitschaft Finnlands zur Zusammenarbeit. Er hob hervor, dass die enge Zusammenarbeit mit Finnland zur Überwindung der Staatsschuldenkrise und zum Aufbau einer Stabilitätskultur sehr wichtig sei. Hierzu leiste auch die gute Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten einen wichtigen Beitrag. Deutschland habe zum 1. Juli 2011 den Vorsitz im Ostseerat übernommen und stelle erfreut fest, dass die Zusammenarbeit zwischen Ostseerat und BSPC immer enger geworden sei. Von der Ostsee – dem *mare nostrum* – profitierten alle in der Region. Enge Beziehungen – wirtschaftlicher, politischer, humanitärer und kultureller Art – ermöglichten einen regelmäßigen und intensiven Dialog, der auch für den deutschen Vorsitz unverzichtbar sei, ebenso wie Impulse und Unterstützung aus den Parlamenten. Eingehend auf die Schwerpunkte des deutschen Vorsitzes wolle er drei Bereiche in den Vordergrund stellen.

Erstens: Die Modernisierungspartnerschaft für den südöstlichen Ostseeraum. Auch wenn der Ostseeraum eine prosperierende Region sei, gebe es erhebliche Unterschiede zwischen der südöstlichen und der westlichen Region. Daher sei ein Programm der Modernisierung geplant, um diese Unterschiede abzubauen. Besonderes Augenmerk komme der Region Kaliningrad und ihrer Verflechtung mit den Nachbarschaften zu. Mit dem derzeitigen Vorsitz Deutschlands im Ostseerat und dem nachfolgenden Vorsitz von Russland gebe es die einmalige Chance, das Programm auf einen langen Zeitraum auszurichten. Man hoffe auf weitere konkrete Anregungen und Beiträge, u. a. aus den baltischen Staaten, Polen

und anderen Staaten des Ostseerates. Zugleich solle eine gemeinsame Initiative zur Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften Anreize für die wirtschaftliche Entwicklung privater Investitionen in der Ostseeregion geben.

Der zweite Schwerpunkt sei der kohärente Rahmen der Zusammenarbeit. Hier gehe es um eine engere Integration des Ostseerates in die neuen Strukturen der Ostseekooperation und eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Foren der Zusammenarbeit, eine sinnvolle Aufgabenteilung, bei der sich der Ostseerat, die EU-Ostseestrategie und die Politik der Nördlichen Dimension gegenseitig ergänzten. Auch in Brüssel wachse das Verständnis für den speziellen Mehrwert, den der Ostseerat bei der Zusammenarbeit mit Russland erbringen könne. Der Ostseerat biete ein wichtiges politisches Forum für alle Ostseeanrainerstaaten, die einzelnen Regionen und die Europäische Union.

Drittens strebe die deutsche Präsidentschaft eine Stärkung der regionalen Identität in der Ostseeregion an. Unter dem Dach des Ostseerates hätten sich eine Vielzahl transnationaler Netzwerke, Organisationen und Institutionen herausgebildet, und so stehe der Ostseerat als Symbol der regionalen Identität in der Ostseeregion. Die Zusammenarbeit trage wesentlich dazu bei, dass sich die Menschen in der Region mit ihrer Region, Geschichte und Kultur identifizierten. Diese Identifizierung weiter zu stärken, sei das Ziel. Beispielhaft zu erwähnen sei das Projekt des Ostseegeschichtsbuches, das Deutschland besonders am Herzen liege.

Neben den genannten neuen Akzenten werde die deutsche Präsidentschaft die Arbeit an den Langzeitschwerpunkten des Ostseerates weiter vorantreiben. Hervorheben wolle er besonders die Bereiche Umwelt und Energie sowie den Umweltschutz. Die immer intensivere Bewirtschaftung und Nutzung der Ostsee habe zwei Seiten – den Menschen gehe es immer besser – der Ostsee immer schlechter. Der Verschmutzung könne ebenso wie den Auswirkungen von Klimawandel und Erderwärmung nur gemeinsam begegnet werden. Der Übergang zu einer „grünen Wirtschaft“ sei Teil der Antwort auf die dringenden Herausforderungen. Werde dieser Übergang überlegt und behutsam erfolgen, so könne das wirtschaftliche Wachstum langfristig gesichert und die Verschmutzung der Ostsee und die Klimafolgen gemildert werden. Ausdrücklich zu begrüßen sei hierbei die Arbeit der Helsinki-Kommission (HELCOM), die sich auf der Grundlage des Ostsee-Aktionsplanes effizient und umfassend für den Schutz der Meeresökosysteme einsetze.

Ein weiteres wichtiges Thema sei die zukünftige Energieversorgung in der Ostseeregion. Bislang seien die Anrainer verschiedene Wege gegangen. Deutschlands Entscheidung, seine Energieversorgung künftig aus erneuerbaren Quellen zu decken, beinhalte den Ausstieg aus der Atomenergie und den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Deutschland sei überzeugt, dass auch für den Ostseeraum die Zukunft in den erneuerbaren Energien liege. Schweden, Finnland und Lettland seien Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Im Rahmen des Ost-

seerates stehe die *Baltic Sea Region Energy Cooperation (BASREC)* für ein erfolgreiches Zusammenwirken in der Ostsee-Energiepolitik. BASREC werde bis 2020 eine energiepolitische Gesamtstrategie für die Ostseeregion erarbeiten und zudem Projekte der Windenergie und der Entwicklung der Kohlenstoffspeicherung finanzieren. Abschließend betonte Staatsminister Hoyer, dass der Ostseerat unter der deutschen Präsidentschaft schlagkräftiger und zukunftsfähiger gemacht werden solle, damit er – so das Motto – „Pionier der Zusammenarbeit und Symbol regionaler Identität“ bleibe. Die Jugend könne hierbei ein guter Faktor sein. Er wolle sich dafür einsetzen, dass es zu einem Treffen von Jugendlichen im Rahmen der deutschen Ostseeratspräsidentschaft komme. Die neue Präsidentschaft sei jedoch nur dann erfolgreich, wenn sie gemeinsam von allen Mitgliedstaaten getragen werde. Diese Bitte richte er im Namen der Bundesregierung an alle Akteure.

Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes, **Diana Wallis**, ging auf die 20-jährige erfolgreiche Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz ein. Die Ostseeregion kennzeichne kontinuierliche Fortschritte in schwierigen Zeiten; dennoch sei dies kein Anlass für die Parlamentarier, sich auf dem bisher Erreichten auszuruhen. Viele Mitglieder des Europäischen Parlamentes hätten sich mit Nachdruck für die Erarbeitung der EU-Ostseestrategie eingesetzt, deren Verabschiedung als großer Erfolg zu werten sei. Das Europäische Parlament habe immer betont, dass eine klare und lebendige parlamentarische Dimension bei diesem Prozess notwendig sei. Eine neue Finanzierung für die Projekte im Rahmen der Ostseestrategie sei vom Europäischen Parlament beantragt. Ob es jedoch wie in 2011 gelingen werde, sie in Zeiten wie diesen zu sichern, sei fraglich. Das Zusammenspiel von Nördlicher Dimension und EU-Ostseestrategie müsse weiter ausgebaut werden. Die Nördliche Dimension bringe wichtige weitere Akteure ins Spiel. Die EU-Ostseestrategie sei die erste makro-ökonomische Strategie für eine Region. Das Ziel sei, mehr Schlüsselprojekte, wie zum Beispiel die Wasseraufbereitungsanlage in Sankt Petersburg, umzusetzen. Frau Wallis wies auf die Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Teilen der Ostseeregion hin; auch hier müsse mehr getan werden, um Ungleichheiten auszugleichen. Abschließend stellte sie fest, dass trotz der derzeitigen Tendenz der EU, angesichts der schwierigen Finanzlage mehr nach innen zu sehen, es genauso wichtig sei, nach außen zu blicken und bereit zu sein, sich dort die Hände zu reichen, wo Hilfe notwendig sei.

Frau **Kadri Ustall**, Beraterin in der Generaldirektion der Europäischen Kommission, befasste sich ebenfalls mit der EU-Ostseestrategie. Sie betonte das große Potential der Region, das genutzt werden müsse, um weitere Erfolge zu erreichen. Bislang habe der Schwerpunkt auf den Bereichen Transport, Energiemärkte in grenzüberschreitenden Regionen, Forschung und Unternehmertum gelegen. Aus den gewonnenen Erfahrungen müssten Lehren gezogen werden, um neue Projekte noch erfolgreicher zu gestalten. Bestmögliche Praktiken sollten eingeführt werden, und bei der Finanzierung sei darauf zu achten, die Mittel stärker zu fokussieren. Auch auf administrativer

Ebene müsse man sich diese Überlegungen zueigen machen und „ownership“ übernehmen, ebenso wie dies von den Akteuren erwartet werde. Sie würdigte das große Engagement der polnischen EU-Präsidentschaft für die Umsetzung der EU-Ostseestrategie.

In der anschließenden Plenardebatte betonte der Vorsitzende der *Baltic Sea States Sub-Regional Co-operation (BSSSC)*, **Olgierd Geblewicz**, die Gemeinsamkeiten von BSPC und BSSSC, forderte aber auch Verbesserungen bei der Zusammenarbeit und der Überwindung historischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Die Arbeit der BSSSC auf regionaler Ebene könne zusammen mit der Arbeit der BSPC und dem Ostseerat sowohl auf Ebene der Parlamente als auch der Regierungen Früchte tragen, wenn Menschen mit neuen Ideen und mutigen Visionen sich zusammenschlossen, um die Ostseeregion weiter voranzubringen.

Der Abgeordnete **Alexander Pereplesnin**, Präsident der gesetzgebenden Versammlung von Karelien, stellte fest, dass der ökologische Zustand der Seen und Wasserstraßen in seiner Region eng mit dem Zustand der Ostsee verknüpft sei. Karelien habe große Anstrengungen zur Verbesserung des Gewässerschutzes unternommen und im Zuge dieser Entwicklung neue Naturschutzgebiete eingerichtet. Dank der Zusammenarbeit der gesetzgebenden Versammlung Kareliens mit anderen Parlamenten der Ostseeregion habe Karelien neue Anreize und Anregungen erhalten. Karelien sei bestrebt, diese Zusammenarbeit innerhalb der Region weiter auszubauen.

Die Abgeordnete **Valentina Pivnenko** (Russische Duma) stellte fest, dass die 20-jährige Arbeit der BSPC dazu geführt habe, dass sich die Bevölkerungen der Region auf Augenhöhe begegnen könnten. Die BSPC diene als wertvolles Bindeglied zwischen den Staaten der Region und Russland. Die guten Zusammenarbeitsstrukturen der Ostseeregion könnten als modellhaft für Europa betrachtet werden. Ein wichtiges Thema für sie sei die verstärkte Nutzung nachhaltiger und umweltfreundlicher Ressourcen und die Entwicklung und Einführung neuer Technologien, der Ausbau der Transportinfrastrukturen, die Kontrolle von Industrierisiken und die stärkere Umsetzung von öffentlich-privaten Partnerschaften. Besonders wichtig seien die Energieeffizienz und eine sichere Nukleartechnologie. Die Sicherheit der Nukleartechnologie für Mensch und Umwelt liege ihr besonders am Herzen. Weitere Themen seien die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, die Förderung der Kontakte von Menschen über die Grenzen hinweg durch Visaerleichterung und Bemühungen, durch nachhaltiges Wachstum das Wohlergehen jedes einzelnen in der Region lebenden Menschen zu verbessern.

Der Abgeordnete **Vatanyar Yagya** (Regionalparlament Sankt Petersburg) würdigte ebenfalls die wichtige parlamentarische Zusammenarbeit in der Region. Er betonte, dass die Parlamentarier die Rechtsgrundlagen für das Schaffen und Wirken in der Ostseeregion festlegten. Zu den dringenden Problemen der Region zähle er die Beseitigung der auf dem Meeresboden liegenden chemischen und anderen Waffen, die eine große Gefahr für die Ostsee

und ihre Anrainerstaaten darstellten. Die Politik der Nördlichen Dimension sei für Russland und die Region sehr wichtig und sollte keineswegs als Gegenposition zur EU-Ostseestrategie gesehen werden. EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten der Region sollten enger zusammenarbeiten und sich dafür einsetzen, eine sichere Finanzierung für die gemeinsamen Projekte mit der Nördlichen Dimension zu gewährleisten.

Der Abgeordnete **Pertti Salolainen** (Finnland) bedauerte, dass die Entschließungen der BSPC in den nationalen Parlamenten zu wenig Widerhall fänden. Er zeigte sich besorgt über die rasch voranschreitende Bildung giftiger Algen in der Ostsee, wodurch bereits jetzt ein Drittel der Ostsee ohne Sauerstoff sei und Fischarten wie Lachs und Hering stark mit Giftstoffen belastet seien. Er begrüßte die aktive Beteiligung Russlands an vielen Umweltprojekten und betonte, wie wichtig dies für die Region insgesamt sei.

Der Abgeordnete **Franz Thönnies** (Deutscher Bundestag) schloss sich den Anregungen an, die von der BSPC verabschiedeten Entschließungen und ihre Empfehlungen verstärkt in den nationalen Parlamenten zu diskutieren. Er dankte Staatsminister Hoyer und der deutschen Regierung dafür, dass sie die Weiterverfolgung der Prioritäten des Ostseerates und eine enge Zusammenarbeit sowohl mit der vorherigen als auch der zukünftigen Präsidentschaft im Ostseerat anstrebten. Russlands Mitwirkung an allen Projekten sei sehr wichtig, auch im Hinblick auf die EU-Ostseestrategie. Russland habe elf Vorschläge vorgelegt, die eine intensive Auseinandersetzung erforderten. Zur Verbesserung der Mobilität der Arbeitskräfte in Grenzgebieten sei das *Baltic Sea Labour Network (BSLN)* als Flaggschiffprojekt der EU-Ostseestrategie mit dreijähriger Laufzeit geschaffen worden. Es umfasse 22 Partner – auch russische Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften –, die mit ihrer Arbeit viel zur Verbesserung der Situation der Grenzpendler und der Arbeitnehmer in der Region beitragen könnten. Er begrüße es, dass der Ostseerat es unterstütze, dauerhaft ein *Baltic Sea Labour Forum* einzurichten. Er hoffe, dass dies mit dazu beitragen könne, faire Arbeitsbedingungen sowie stabile und starke Gewerkschaften sowie Arbeitgeberorganisationen in der Region zu entwickeln. Dies sei gut für die wirtschaftliche Zukunft des Ostseeraumes und für die Einbeziehung aller ökonomischen und politischen Akteure. Für neue geplante Projekte zur Förderung der Kooperation in diesem Bereich sei eine, wenn auch geringere als bisher, Finanzierung gesichert, und mit der Umsetzung der Projekte könne noch 2011 begonnen werden.

Die Abgeordnete **Christel Happach-Kasan** (Deutscher Bundestag) betonte, dass für sie eine funktionierende Zusammenarbeit bei den grenzüberschreitenden Energie- und Versorgungsfragen sehr wichtig sei. Ein weiteres wichtiges Thema sei der Schutz der Ostsee vor Schadstoffeinträgen und das Problem der Abfallentsorgung von Schiffen, die große Schäden in der Ostsee verursachten. Man brauche die Ostsee als Verkehrsweg mehr als je zuvor.

IV Zweiter Sitzungsabschnitt „Maritime Fragen“

Botschafterin **Gabriela Lindholm** (Schweden), amtierende Vorsitzende von HELCOM, befasste sich mit dem 2007 verabschiedeten Ostsee-Aktionsplan von HELCOM, der sich auf vier Schwerpunkte konzentrierte: Eutrophierung, gefährliche Substanzen, maritime Aktivitäten sowie Biodiversität und Naturschutz. Ziel des Plans sei es, den Zustand der Umwelt bis zum Jahre 2021 durch einen ökologischen Ansatz für die Gestaltung der Ostsee-Aktivitäten zu verbessern. HELCOM komme eine Schlüsselrolle bei der Koordinierung der regionalen Umsetzung der Europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie zu. Zu den bisherigen Erfolgen des Ostsee-Aktionsplans zählte sie die Einführung strengerer Regelungen für Abwassereinträge durch Passagierschiffe und die Einrichtung entsprechender Hafenanlagen zur Entsorgung dieser Abwässer, vor allem in den Häfen von Helsinki und Stockholm, sowie die Begrenzung der Nährstoffeinträge in die Ostsee. Schweden habe einen Berichtersteller eingesetzt, der speziell für das Thema Ausweisung der Ostsee als Kontrollgebiet für Stickstoffemissionen (NECA) zuständig sei. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Risikoeinschätzung zur Identifizierung sogenannter *hotspots* für mögliche Unfälle durch Öltanker. Wichtig sei es zudem, noch umfassendere Sicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung von Öltankerunfällen zu ergreifen und die Sicherheit der Schifffahrt insgesamt zu verbessern. Schließlich sei die Ostsee das am meisten befahrene Meer der Welt. Insgesamt gelte es, zu einer gemeinsamen Meeresraumplanung zu gelangen, die mit neuen Technologien jederzeit den Schiffsverkehr auf der Ostsee überwachen und im Unglücksfalle rasche Hilfe bereitstellen könne.

Abgeordneter **Jochen Schulte** (Landtag Mecklenburg-Vorpommern), Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ der Ostseeparlamentarierkonferenz, erläuterte deren Abschlussbericht. Er führte aus, dass eine integrierte maritime Politik in der Ostseeregion zuallererst bedeute, gemeinsame ostseeweite Antworten auf gemeinsame Herausforderungen zu finden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise habe auch die Ostseeregion stark betroffen. Daher sei die langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der Region, die stark von der maritimen Wirtschaft abhängt, ein äußerst wichtiger Faktor. Des Weiteren sei deren Stärkung als Handels- und Technologieregion wichtig. Die von der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) festgelegten neuen Umweltschutzregelungen seien häufig kritisiert worden, weil sie die möglichen Auswirkungen auf meeresbezogene Sektoren in der Region nicht genügend berücksichtigten. Gefordert werde in dieser Hinsicht die europaweite Ausweitung der SECAs (Emissionssondergebiete), die nicht allein für die Ostsee gelten sollten. Im Abschlussbericht der Arbeitsgruppe würden auch Begleitmaßnahmen gefordert, die verhindern sollen, dass es zu einer Verlagerung des Transports vom Wasser auf die Straße komme. Strengere Umwelterfordernisse böten jedoch auch die Chance für die Entwicklung innovativer, umweltfreundlicher Schiffsantriebssysteme. Zu den weiteren Themen, mit denen sich

die Arbeitsgruppe befasst habe, zählten die Bekämpfung der Ölverschmutzung und der Schadstoffeinleitung, die Verbesserung der Hafeninfrastrukturen und das Projekt „*Clean Baltic Shipping*“, welches auch den Bereich Schiffsbau, der für einige Ostseeanrainerstaaten sehr wichtig sei, mit einschließe. Abschließend wies Abgeordneter Jochen Schulte darauf hin, dass die Europäische Union in ihrem Fortschrittsbericht 2011 zur EU-Ostsee-strategie die gute Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat, der Ostseeparlamentarierkonferenz und der Konferenz zur Zusammenarbeit der Regionen im Ostseeraum (BSSSC) als Beispiel für ein bestmögliches Verfahren (*best practice*) hervorgehoben habe. Die maritime Politik befinde sich in einem dynamischen Prozess, der gekennzeichnet sei durch die Suche nach bestmöglichen Lösungen. Die Stärkung der Wahrnehmung der Ostseeinstitutionen und die Anregung und das Einbringen neuer Vorschläge in die EU-Ostsee-strategie seien nicht nur erwünscht, sondern absolut notwendig, so Jochen Schulte zum Abschluss seiner Ausführungen.

Anita Mäkinen, Direktorin der finnischen Schifffahrtsbehörde, gab in ihrem Vortrag einen Überblick über die internationalen Bestimmungen zur Verbesserung der Sicherheit auf See, insbesondere im Hinblick auf die Vorbeugung von Ölunfällen. Jährlich würden mehr als 150 Millionen Tonnen Öl über die Ostsee transportiert – mit steigender Tendenz. Es habe im vergangenen Jahr über 100 Schiffsunglücke, davon 10 mit Öltankern gegeben. Frau Mäkinen forderte die endgültige Abschaffung der einbödigen Öltanker und stärkere Hafenkontrollen zur Überprüfung der vorgeschriebenen Sicherheitsstandards. Die EU-Ostsee-strategie und der Ostsee-Aktionsplan von HELCOM seien gute Plattformen für die Zusammenarbeit in Ostsee-fragen, mit deren Hilfe die Sicherheit auf See und der Umweltschutz ständig weiter verbessert werden könnten.

Are Piel, Leiter der Abteilung Schiffsverkehr der finnischen Behörde für maritime Angelegenheiten, stellte das gemeinsam von Finnland, Estland und Russland betriebene Kontrollsystem GOFREP (*Gulf of Finland Mandatory Reporting System*) vor, welches zur Verbesserung der Sicherheit auf See eine Anmeldung sämtlicher Schiffsfahrten auf der Ostsee vor Reisebeginn vorsehe. Das System habe die Berechenbarkeit des Schiffsverkehrs im finnischen Meerbusen bereits jetzt erheblich verbessert. Hauptzweck der gemeinsamen Initiative sei die Vorbeugung von Ölunfällen auf der Ostsee, mit denen angesichts des Baus von neuen Ölterminals und steigender Transportzahlen immer häufiger gerechnet werden müsse. Insbesondere der finnische Meerbusen als sehr flaches Gewässer mit gefährlichen Unterwasserklippen, der ca. 100 Tage im Jahr von Eis bedeckt sei, sei eine besonders gefährdete Region, in der sich auslaufendes Öl oder Chemikalien schnell verbreiten könnten. Are Piel kritisierte eine fehlende Harmonisierung der existierenden acht verschiedenen, vom Mittelmeer bis zum finnischen Meerbusen reichenden, europäischen Schifffahrtskontrollsysteme. Hier sei dringender Handlungsbedarf. Ebenso wichtig sei es, sich gegenseitig über bestmögliche Verfahren zu informieren und Ausbildung und gemeinsame Übungen zu verstärken sowie die Arbeitsbedingungen an Bord ebenso wie die Aus-

wertung von Unfallanalysen und die Kenntnisse über die physikalischen Eigenschaften der einzelnen geographischen Wassergebiete zu verbessern.

In der anschließenden Plenardebatte zum Thema „maritime Sicherheit“ sprachen Redner aus Russland, Norwegen, Schweden, Deutschland und Dänemark. Allen gemeinsam war das Anliegen, den Schiffsverkehr auf der Ostsee als dicht befahrenstes Meer der Welt sicherer zu machen und die diesbezügliche Zusammenarbeit untereinander weiter zu vertiefen.

Abgeordneter **Roger Jansson** (Åland Inseln) zeigte sich besorgt, dass mit Beendigung der Arbeit der Arbeitsgruppe die Kontinuität der Befassung mit maritimen Fragen nicht mehr gegeben sei und diese Fragen nicht mehr so stark im Mittelpunkt des Interesses der BSPC stehen könnten. Als weiteres wichtiges Anliegen nannte er die Verringerung von Schwefelemissionen, vor allem im Hinblick auf die öffentliche Gesundheit. Dazu sei es notwendig, für den Transport auf der Straße und auf See gleiche Regelungen festzulegen. Der Abgeordnete **Nikolay Churkin** (Russische Föderation) stellte fest, dass Russland die Zielsetzung der anderen Ostseeanrainerstaaten in Bezug auf den Umweltschutz und die Sicherheit auf See teile. Er befürworte ebenfalls eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen und grenzüberschreitende Aktivitäten als Schlüssel zur Bewältigung der schwierigen Herausforderungen in der Region. Eine kohärente Umweltpolitik sei für alle Länder wichtig, ebenso wie die Schaffung vernünftiger Voraussetzungen für die Forschung. Russland sei sehr daran interessiert, gemeinsame Regelungen für die Ostseeschifffahrt festzulegen, um der zunehmenden Verschmutzung des Gewässers Einhalt zu gebieten. Deutliches Zeichen für Russlands Entschlossenheit sei die Inbetriebnahme einer modernen Wasseraufbereitungsanlage in Sankt Petersburg, die den Erfordernissen künftiger Generationen und dem Naturschutz umfassend Rechnung trage. Weitere Redner wie die Abgeordnete **Ingebjørg Godskesen** (Norwegen) äußerten die Befürchtung, dass strengere EU-Regelungen für den Schiffsverkehr zu einer Verlagerung der Transporte auf die Straße und damit zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnten. Abgeordnete **Anita Brodén** (Schweden) als Vertreterin des Nordischen Rates betonte, dass eine Beendigung der Verschmutzung der Ostsee Anstrengungen von Seiten aller Akteure verlange. So müssten die Häfen in der Lage sein, die Schiffsabwässer aufzufangen, und es müsse genügend Aufbereitungsanlagen geben. Denkbar sei es, entlang der Ostseeküsten eine Reihe solcher Anlagen aufzubauen. Gleichzeitig müssten aber auch die Belange der Fischerei und der Landwirtschaft gebührend berücksichtigt werden. Der frühere Abgeordnete **Kurt Bodewig**, Vorstandsvorsitzender des *Baltic Sea Forum*, gab der Hoffnung Ausdruck, dass der Ostsee-Aktionsplan von HELCOM möglichst schnell und umfassend umgesetzt werde. Die Zahl der sauerstoffarmen Gebiete, die sogenannten „toten Zonen“, sei in der Ostsee besonders zahlreich. Dieser Zustand sei mehr als besorgniserregend. Die Nährstoffeinträge in die Ostsee müssten schnellstens drastisch reduziert werden. Der Abgeordnete **Ole Vagn Christensen** (Dänemark) wies da-

rauf hin, dass die Parlamentarier dafür Sorge tragen müssten, dass die von der IMO beschlossenen Regelungen nicht verwässert oder abgeschwächt würden.

V Dritter Sitzungsabschnitt „Zivile Sicherheit“

In Vertretung des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit“ erläuterte der Abgeordnete **André Oktay Dahl** (Norwegen) deren Abschlussbericht. Er konzentrierte sich bei seinen Ausführungen auf den zunehmenden Menschenhandel in der Region und die Möglichkeiten, diesen zu bekämpfen. Er forderte die Ostseeparlamentarier nachdrücklich auf, zu diesem Zweck Netzwerke zu gründen, um sich kontinuierlich über Maßnahmen und Erfolge in diesem Bereich auszutauschen. Die im Bericht enthaltenen 15 Empfehlungen, die den Regierungen vorgelegt werden sollen, könnten jedoch nur dann wirksam umgesetzt werden, wenn von Seiten der Legislative genügend Druck auf die Regierungen ausgeübt werde. Eine Schlüsselrolle spiele der Opferschutz. Eine weitere Empfehlung beziehe sich auf die Verfolgung der Geldströme bei den illegalen Geschäften und die Konfiszierung der Gelder derjenigen, die an diesen Verbrechen beteiligt seien. Abgeordneter Oktay Dahl forderte dazu auf, alle nur möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um dieser modernen Form der Sklaverei ein Ende zu setzen.

Eva Biaudet, Ombudsfrau für Minderheiten und nationale Berichterstatterin für Menschenhandel (Finnland), berichtete über ihre Tätigkeit und ging insbesondere auf einen Bericht ein, den die finnische Regierung zu diesem Thema vorgelegt hatte. Eines der auffallendsten Ergebnisse des Berichtes sei die Feststellung, dass Menschenhandel und damit verbundene schwerwiegende Ausbeutung sehr viel häufiger stattfinde als bisher angenommen. Entweder würden die Opfer nicht wahrgenommen oder nicht als solche betrachtet. Frau Biaudet schloss sich den Empfehlungen der Arbeitsgruppe an und unterstrich, dass Maßnahmen zum Schutz von Kindern ebenfalls mit aufgenommen werden müssten. Sie sprach sich für die Schaffung einer unabhängigen, transparenten Stelle aus, die nicht nur Daten und Fakten sammle, sondern sie auch analysiere. Die Parlamente sollten ein Netzwerk von Parlamentariern zur kontinuierlichen Überwachung der Lage gründen, um eine Lücke bei der nationalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu schließen. Zusammenfassend betonte Frau Biaudet, dass Menschenhandel ein Verbrechen gegen die Würde und Gleichheit des Menschen sei. Die Parlamentarier spielten eine wichtige Rolle bei dessen Bekämpfung. Es sei ihre Aufgabe, die Öffentlichkeit für diese Problematik zu sensibilisieren und den Druck auf die Regierungen, Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels zu ergreifen, aufrecht zu erhalten.

Der Abgeordnete **Vladimir Nikitin** (Russische Duma) zeigte sich ebenfalls besorgt über die weltweite Ausbreitung des Menschenhandels. In Russland seien die einschlägigen Gesetze verschärft worden, aber die Verbrechensform breite sich dennoch immer mehr aus. Die Fähigkeit des organisierten Verbrechens, sich rasch an

neue Gegebenheiten anzupassen, verschärfe die Situation. Bessere Datenerhebung und Analysen seien erforderlich, um das Phänomen in den Griff zu bekommen. Menschenhandel stehe oft in Verbindung mit Drogen- und Waffenhandel und dem Handel mit nuklearem Material. In Russland gebe es den Einsatz von Zwangsarbeitern in der Landwirtschaft und in privaten Haushalten. Man schätze, dass etwa 2,4 Millionen Menschen in dieser Art von Sklaverei lebten. Ein weiteres Problem sei der illegale Organhandel. Für Russland sei es nach der Einführung der freien Marktwirtschaft schwierig, alle komplexen Auswirkungen der neuen Entwicklungen in den Griff zu bekommen. Man müsse die Operationsweise der Menschenhändler besser verstehen, um den Kriminellen das Handwerk legen zu können. Sein Land sei aber bereit, mit allen Partnern in der Ostseeregion und mit den europäischen Polizeikräften und Sachverständigen eng zusammenzuarbeiten, um den Menschen- und Organhandel zu bekämpfen.

Die Abgeordnete **Silva Bendrāte** (Lettland) schilderte die Migrationssituation in den drei baltischen Staaten. Das Thema Ein- und Auswanderung werde sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene häufig diskutiert. Migrationsbewegungen fänden in beide Richtungen statt. Dabei seien Sicherheit und soziale Stabilität wichtige Schlüsselfaktoren. Nach dem EU-Beitritt im Jahre 2004 und der damit einher gehenden Freizügigkeit habe in den baltischen Staaten ein großflächiger Auswanderungsprozess, insbesondere in die nordischen Länder, nach Deutschland sowie in das Vereinigte Königreich begonnen. Wenn auch die Auswanderung in diese Länder höhere Gehälter, soziale Sicherheit sowie verbesserte Lebensstandards bedeuteten, so fühlten sich viele Einwanderer nicht in der neuen Gesellschaft aufgenommen. Auch die Einwanderung in die kleinen baltischen Länder sei nicht problemlos verlaufen, denn Einwanderer würden bisweilen in materieller wie kultureller Hinsicht als Sicherheitsrisiko empfunden. Es bestehe eine unterschwellige Befürchtung, die Einwanderung unterhöhle die nationale Kultur; eine Angst, die in kleinen Ländern ein größeres Problem darstellen könne als ökonomische Bedenken. Silvia Bendrāte stellte fest, dass in der gesamten Ostseeregion aufgrund der demografischen Entwicklung kein Land ohne Einwanderung auskommen könne. Um Einwanderer besser als bisher zu integrieren, müssten ihnen nicht nur Kultur und Sprache näher gebracht werden, sondern auch verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Hinsichtlich der illegalen Einwanderung seien zudem effizientere Kontrollen und Sanktionen, ein effektives Rückführungsprogramm und eine gute Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern erforderlich. Abschließend beauftragte Abgeordnete Bendrāte einen Informationsaustausch, um die Risiken der Einwanderung zu verringern und ihre positiven Aspekte hervorzuheben.

Marek Maciejowski, der Leiter des Sekretariats der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen (NDPHS), stellte fest, dass es die Aufgabe der Partnerschaft sei, durch die Verbesserung des Gesundheitswesens und des gesellschaftlichen Wohlbefindens zu einer nachhaltigen Entwicklung in

der Region beizutragen. Sie konzentrierte sich dabei auf Maßnahmen zur Reduzierung ansteckender und zur Vermeidung nicht-ansteckender, zumeist durch Konsumgewohnheiten wie Tabak- und Alkoholgenuss sowie mangelnde Bewegung verursachter Krankheiten. Ein weiteres Anliegen sei die Verbesserung und Förderung einer gesunden und in gesellschaftlicher Hinsicht nutzbringenden Lebensweise. Herr Maciejowski wies darauf hin, dass neue gesundheitsbezogene Gefahren und Entwicklungen während der kommenden Jahrzehnte spürbare Folgen für die Volkswirtschaften bedeuteten, denen mittels regionaler Zusammenarbeit am effektivsten und kosteneffizientesten begegnet werden könne. Während der Gesundheitssektor bereits heutzutage 8,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) europäischer Länder ausmache, könnten durch eine Gesundheitsförderung die meisten nicht-ansteckenden Krankheiten vermieden oder in höhere Lebensalter zurückgedrängt werden. Investitionen in die Gesundheit stellten somit zugleich ökonomische Investitionen dar. Trotz der unterschiedlichen Gesundheitssysteme in den einzelnen Staaten der Region könne man feststellen, dass die Herausforderungen ähnlich seien: eine alternde Gesellschaft, steigende Belastungen durch nicht-übertragbare und neue Krankheiten. Die NDPHS unterstütze verstärkt Initiativen mit dem Ziel, politische Maßnahmen und Aktivitäten zur Vorbeugung nicht-übertragbarer Krankheiten zu ergreifen.

Dr. Bernt Bull, der Vorsitzende der NDPHS-Experten­gruppe für Alkohol- und Drogenmissbrauch, beschrieb, dass unterschiedliche Risikofaktoren hinsichtlich der Entstehung von Krankheiten und Verletzungen untersucht worden seien. Für langfristige Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Alkohol seien zwei Faktoren entscheidend: das Volumen und das Trinkverhalten. Schätzungen zufolge seien im Jahre 2004 in Europa 618 000 Todesfälle auf Alkoholmissbrauch zurückzuführen, und laut der Untersuchungen sei in der Europäischen Union im Jahre 2003 ein wirtschaftlicher Schaden durch alkoholbedingte Probleme von 125 Milliarden Euro entstanden. Dr. Bull präsentierte die fünf Hauptziele des Europäischen Aktionsplans Alkohol: Schärfung des Bewusstseins für den Umfang und die Bedeutung der durch Alkoholmissbrauch hervorgerufenen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden; verstärkte Informationen über Ausmaß und Gründe des Alkoholmissbrauchs sowie effiziente Maßnahmen zu ihrer Eingrenzung und Verhinderung; verstärkte technische Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Verringerung alkoholbedingter Schäden sowie der Behandlung gesundheitlicher Probleme; Stärkung der Partnerschaften, Verbesserung der Koordination zwischen den Beteiligten sowie erweiterte Bereitstellung von Ressourcen für Maßnahmen zur Reduzierung des Alkoholmissbrauchs und Bereitstellung wissenschaftlich abgesicherter Instrumente und Leitlinien, mit denen Konzepte zur Steuerung des Alkoholkonsums in die Praxis umgesetzt werden können. Dr. Bull unterstrich, dass angesichts des Ausmaßes und der Bedeutung des Problems vereinte Anstrengungen zur Unterstützung der Länder bei der Bewältigung der Probleme auf nationaler Ebene unternommen werden müssten.

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf Fragen der Bekämpfung des Menschenhandels. Abgeordnete **Sonja Mandt** (Norwegen) verwies auf die ökonomischen Aspekte des Menschenhandels, bei welchem es sich mit einem geschätzten Gewinn von 20 Milliarden Dollar um die weltweit profitabelste kriminelle Aktivität nach dem Drogenhandel handele. Zudem ließen sich die „Waren“ – die Menschen – weiterverkaufen, was das Geschäft noch einträglicher mache. Neben der Verfolgung der Mittelsmänner sollten auch die Geldbewegungen überwacht werden, um die Täter aufzuspüren. Die Abgeordnete **Gun-Mari Lindholm** (Åland Inseln) stellte heraus, dass mehr über das Problem in Erfahrung gebracht werden müsse, um qualifiziert darüber reden zu können. Hierzu sei es empfehlenswert, den Bericht und die Empfehlungen der Arbeitsgruppe den nationalen Parlamenten vorzulegen, und die Regierungen zu drängen, weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels zu ergreifen. Das Problem könne nicht durch die Schließung von Grenzen gelöst, sondern müsse durch die Zusammenarbeit von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, NGOs und weiteren Akteuren bekämpft werden. Der Abgeordnete **Johan Linander** (Schweden), stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe, äußerte die Hoffnung auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Ostseeregion zur Unterbindung der Aktivitäten von Menschenhändlern. Erforderlich sei zudem, das Augenmerk mehr auf die Opfer zu richten sowie Maßnahmen und Strukturen zu ihrer Unterstützung anzubieten. Die Abgeordnete **Anke Spoorendonk** (Landtag-Schleswig Holstein) erinnerte daran, dass sich die Arbeitsgruppe mit einem extrem schwierigen Problem befasst habe, für das Lösungen nicht immer auf der Hand lägen. Mehr Aufmerksamkeit müsse auch auf die Minderheitenrechte in Europa gelenkt werden, welche ihrer Einschätzung nach immer weniger im Fokus stünden und womöglich von der politischen Agenda verschwinden könnten. Die Realität zeige aber, dass die Rechte von Minderheiten weiterhin gefährdet seien und ihr Schutz deshalb weiterhin gewährleistet sein müsse. Die Abgeordnete **Susanna Huovinen** (Finnland) stellte die Frage, warum der Menschenhandel weiter existiere und sogar zunehme und sah die offenkundige Antwort in dem fortbestehenden Bedarf. Eine Chance, den Menschenhandel endgültig auszurotten bestünde nur dann, wenn die internationale Zusammenarbeit verstärkt und die technischen Verfahren bei der Verfolgung, dem Aufspüren und der Überwachung der Menschenhändler verbessert würden. Abgeordneter **Hans Wallmark** (Schweden) unterstrich die Nützlichkeit einer Vernetzung der diversen Akteure im Kampf gegen Menschenhandel und hob hervor, dass die Medien eine wichtige Rolle dabei spielen könnten, mehr Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken.

VI Vierter Sitzungsabschnitt „Grünes Wachstum, Energie, Klima und Finanzen“

Einleitend berichtete **Bernd Voss**, Vorsitzender des Europaausschusses des Landtags Schleswig-Holstein, über Überlegungen, grünes Wachstum und Energieeffizienz zukünftig als Schlüssel zu einem nachhaltigen Wirtschafts-

wachstum einzusetzen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als zentraler Indikator sei nicht mehr geeignet, den Zustand einer Volkswirtschaft zu beschreiben, weil es nicht in der Lage sei, den Kapitalwert von ökologischem Zustand, Bildung oder ehrenamtlichen Tätigkeiten zu erfassen. Dass man negative Folgen von Wachstum mitrechnen müsse, sei seit dem IPCC-Bericht (*Intergovernmental Panel on Climate Change – Weltklimarat*) und den Berechnungen zum Weltklima allen klar. Die globale Erderwärmung und der Klimawandel könnten zu einem Wirtschaftsverlust zwischen 5 und 20 Prozent des weltweiten Sozialproduktes führen. OECD-Studien zeigten ein deutlicheres Einkommensgefälle in Deutschland in den letzten Jahren als in den meisten OECD-Ländern. Ausgewogene Einkommensverhältnisse sollten als ein wichtiger Entwicklungsindikator für die gesamte Ostseeregion gesehen werden. Bernd Voss betonte, dass Bildung und Weiterbildung in Bezug auf grünes Wachstum notwendig seien. Eine Energiestrategie für den Ostseeraum sei wichtig, denn in den Bereichen Energieeinsparung, rationale Energieverwendung und erneuerbare Energien gebe es noch erhebliche ungenutzte Potenziale. Zur Umsetzung und Einleitung von Energieeinsparung und -effizienz seien vielfältige Maßnahmen erforderlich. Die grundsätzliche politische Ausrichtung beinhalte Förderung und Finanzierung, aber auch Aus- und Weiterbildung. Wichtig sei es, die lokalen Wirtschaftsunternehmen und Infrastrukturen sowie lokale Genossenschaften und ähnliche Einrichtungen zu fördern. Ganz klar müsse der nächste Technologiezyklus ein grüner sein. Es gelte aber auch, die Grenzen für Wachstum zu diskutieren, und obwohl der Wunsch nach Unterstützung von örtlichen Wirtschaftsunternehmen im Vordergrund stehe, sei es nicht das Ziel, sich vom Weltmarkt und dem überregionalen Wirtschaftsgeschehen abzukoppeln. Europa und die Ostseeregion brauchten aus den jeweiligen regionalen Stärken heraus eine gemeinsame Entwicklung ihrer Energienetze, der erneuerbaren Energien und der Einspartechiken. Grünes Wachstum sei der Schlüssel zum Wirtschaftswachstum der Zukunft.

Hans Brask, Direktor des *Baltic Development Forum*, sprach über die Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit. BSPC und BDF verbinde eine enge Zusammenarbeit sowie der Wunsch, die Netzwerkarbeit und das grüne Wachstum zu fördern. Eng verknüpft sei das BDF auch mit der EU-Ostseestrategie, die als Motor und Pilotprojekt für den Fortschritt in der Region gesehen werde. Die Zusammenarbeit mit Russland müsse parallel mit der Entfaltung der EU-Ostseestrategie vorangetrieben werden. Die Finanzierungsinstrumente für die regionale Zusammenarbeit müssten verbessert und flexibler gestaltet werden. Benötigt würden größere Energie- und Infrastruktur-Flaggschiff-Projekte, insbesondere im Bereich Energienetzwerke und Verknüpfung. Noch immer fehle in der Region ein gemeinsamer Ansatz für grünes Wachstum. Eine gemeinsame grüne Wachstumsagenda könne ein gemeinsamer wirtschaftlicher Vorteil sein. Der Ostseeraum besitze das Potenzial, Pionier im Bereich des grünen Wachstums sowohl durch kleine als auch durch große technologische Lösungswege und damit ein Vorreiter in der Europäischen Union zu werden.

Magnus Rystedt, Vorsitzender der Umwelt- und Finanzierungsgesellschaft (NEFCO), berichtete über die NEFCO-Aktivitäten. NEFCO, als internationale Finanzinstitution von den nordischen Ländern geschaffen, verbehalte Kredite und unterstütze Beteiligungsgesellschaften für Umweltprojekte in Osteuropa. Der Fokus liege auf Russland, Belarus sowie den baltischen Staaten und Polen. Von den über 400 Projekten beschäftigten sich alleine 50 mit Abwasserfragen in der Ostseeregion. Die Wiederaufbereitungsanlage in Sankt Petersburg, die Abwasser von über 700 000 Menschen aufbereite, sei als öffentlich-privates Partnerschaftsprojekt durchgeführt worden. NEFCO unterstütze zudem die Förderung von erneuerbaren Energien durch die Vergabe von Krediten und Beteiligungsgesellschaften für Windparks in den drei baltischen Staaten und Biogasanlagen in Litauen.

Lene Grønning, Wirtschaftsbotschafterin des Businesscenter Bornholm, stellte das Projekt „*Bright Green Island Bornholm*“ vor. Ziel sei es, Bornholm bis zum Jahr 2014 zu einem guten Beispiel für den ökologischen Umgang mit Ressourcen, für hohe Energieeffizienz und für die Entwicklung eines sanften und umweltverträglichen Tourismus zu machen. Die gesamte Inselbevölkerung sei aufgerufen, mit kreativen Ideen an diesem Projekt mitzuwirken, das alle Lebensbereiche umfassen solle. Wichtig sei auch, durch Bildungsmaßnahmen die Menschen über Energieeffizienz, erneuerbare Energien und grünes Wachstum zu informieren und zu einem Umdenken anzuregen. Mittlerweile habe man Partner in der ganzen Welt gefunden, die sich an dem Projekt beteiligten. Zu den Projektinhalten gehörten energetische Passivhäuser für einen energiesparenden Wohnungsbau, die Nutzung von Elektrofahrzeugen, die speziell für Bornholm entwickelt worden seien, die Umstellung des Busverkehrs auf Elektrofahrzeuge und die Begleitung dieser Maßnahmen durch eine Interaktion mit den Schulen. Die Energie, die auf Bornholm verbraucht werde, solle selbst erzeugt und die Insel damit unabhängig von Importen werden. Bornholms Potenzial als ein grünes Demonstrationslabor, das die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf der Insel fördere, werde langfristig weiter entwickelt. Bornholm solle eine attraktive Insel werden, die sich zu 100 Prozent mit nachhaltigen erneuerbaren Energien versorge. Mit Begeisterung und zunehmendem Interesse lernten die Menschen, auf einer grünen Insel zu leben.

Alexey Ivannikov, Leiter der Abteilung Management und Entwicklung beim Energiekonzern Inter RAO, stellte die Aktivitäten des staatlichen russischen Konzerns vor. Inter RAO betreibe eine Vielzahl verschiedener nationaler und international übergreifender Energieprojekte und habe Tochterunternehmen in ganz Europa. Wichtige Ziele seien der Aufbau neuer Kapazitäten bei den erneuerbaren Energien, die Schaffung größerer Möglichkeiten der Diversifizierung für Energiequellen und die Suche nach deren Marktintegration. Inter RAO bemühe sich um den Ausbau der Zusammenarbeit und des Dialogs zwischen der Europäischen Union und Russland in Stromversorgungsfragen. So sei geplant, die Windparks in Litauen auszubauen. Inter RAO betreibe eine Reihe bilateraler Projekte, unter anderem auch mit Polen und Deutschland.

Die grenzüberschreitenden Ostseeprojekte zielten darauf ab, die Energiesicherheit sowie die Nachhaltigkeit der Versorgung in der Region dauerhaft zu gewährleisten. Sie führten zu mehr Umweltfreundlichkeit und bildeten gleichzeitig ein Polster an zusätzlichen erneuerbaren Energiekapazitäten und dienten zudem einem verstärkten Ausbau der Diversifikation. Die Projekte trügen ferner dazu bei, die Handelsaktivitäten in der Region zu erweitern, eine größere Marktmobilität zu schaffen und mehr Auswahl anzubieten, was vorteilhafte Auswirkungen auf Preise und Kosten habe.

In der abschließenden Plenardebatte stellte der Abgeordnete **Ole Vagn Christensen** (Dänemark) fest, dass grünes Wachstum möglich sei, wie man am Beispiel von Schleswig-Holstein und Bornholm sehe. Hauptzweck von grünem Wachstum sei die Förderung einer wirtschaftlichen Entwicklung, die umweltfreundlich, nachhaltig und sozialverträglich sei. Die drei Hauptziele – wirtschaftliches Wachstum, soziales Wohlergehen und ökologische Nachhaltigkeit – müssten dabei Hand in Hand gehen. Der Abgeordnete **Sverre Myrli** (Norwegen) verwies auf die gute Zusammenarbeit Norwegens mit Russland in Energiefragen. Er kritisierte, dass die Kapazitäten für grenzüberschreitende Transporte noch unzureichend seien und die Zusammenarbeit in Bereichen wie Transport auf See, Energie und Sicherheit noch weiter ausgebaut werden könne. Der Abgeordnete **Torsten Staffeldt** (Deutscher Bundestag) betonte, dass der Sektor Transport und Logistik unter großem Druck stehe, auch wegen der Einführung neuer Emissionsregelungen für Schiffe. Für die Anpassung der bestehenden Schiffe an die neuen Erfordernisse müsse bald eine Lösung gefunden werden. Schiffstransporte seien umweltfreundlich und wichtiger Bestandteil einer grünen Wirtschaft. Die Arbeitsgruppe „Maritime Fragen“ habe moderate Übergangsregelungen vorgeschlagen und sich für stärkere zukünftige Investitionen in diesem Bereich ausgesprochen. Es liege im Interesse aller, den Schiffsverkehr verlässlich und sicher zu gestalten und zukunftsfähig zu machen. Der Abgeordnete **Hans Wallmark** (Schweden) gab zu bedenken, dass auch Atomenergie aller Voraussicht nach in Zukunft ein Element des Energiemixes sein werde. Den in diesem Zusammenhang erforderlichen Sicherheitserfordernissen müsse hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Abgeordnete **Franz Thönnies** (Deutscher Bundestag) stellte fest, dass das Experiment Bornholm zeige, dass grünes Wachstum möglich sei. Unabdingbar dafür sei die Schaffung eines Bewusstseins der Menschen, die im Kindergarten anfangen und über die Schule bis zur Erwachsenenbildung reichen müsse. Sich ökologisch und umweltgerecht zu verhalten, sei eine Philosophie für das ganze Leben. Deutschland habe beschlossen, 80 Prozent seiner Energie bis zum Jahre 2050 aus regenerativen Energiequellen zu beziehen. Hierzu würden große Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien getätigt. Hier lägen große Chancen für Wachstum und für neue Arbeitsplätze. Der Anteil der regenerativen Energien in der Ostseeregion müsse generell gesteigert werden. Die gemeinsamen Erfahrungen seien eine gute Grundlage für den Austausch und die Anregung neuer Ideen. Die russische Idee, einen Ostsee-Energiering weiter auszubauen,

unterstütze er sehr. Wichtig sei aber auch ein Nachdenken darüber, wie es weiter gehen solle. Hierzu sei ein Forum sicherlich nützlich, in dem gemeinsame Erfahrungen und Ideen, wie die Umstellung gestaltet werden könne, ausgetauscht werden könnten.

Die Abgeordnete **Mirjam Vehkaperä** (Finnland) sprach als Vertreterin der Konferenz der Parlamentarier der arktischen Region. Sie schilderte eindringlich, dass in der Arktis die Auswirkungen des Klimawandels deutlicher sichtbar seien als anderswo. Sie betonte, dass die arktische Region und die Ostseeregion die gleichen Probleme hinsichtlich Energiepolitik und Klimawandel zu bewältigen hätten. Sie regte an, einen zweiten Bericht über die Entwicklung in der Arktis auszuarbeiten, in dem auch auf die neuen Möglichkeiten für den Schiffsverkehr auf der Nordmeerroute eingegangen werden sollte. Sie freue sich festzustellen, dass das Europäische Parlament in seinem Bericht über eine nachhaltige EU-Politik für den hohen Norden den Gedanken der Einrichtung eines Informationszentrums über die arktische Region in Zusammenarbeit mit der Universität von Lappland aufgegriffen habe.

Die Abgeordnete **Anita Brodén** (Schweden) ging auf das Thema Abfallentsorgung und -recycling ein und hob hervor, dass auch hier ein Beitrag zur Energieeffizienz und einem bewussteren Umgang mit den Ressourcen geleistet werden könne. Wichtig sei es, neue und moderne Abfallentsorgungsanlagen zu bauen und eine effizientere Abfallentsorgung ins Auge zu fassen. Besondere Aufmerksamkeit müsse auch der Entsorgung medizinischer Abfälle zukommen wegen der Auswirkungen dieser Abfälle auf die Qualität des Grundwassers. Die Abgeordnete **Gabriele Dobusch** (Hamburgische Bürgerschaft) gab zu bedenken, dass bislang zu wenig über Bildung und Kultur und die kulturelle Identität im Ostseeraum gesprochen worden sei. Die Entwicklung einer grünen Wirtschaft beinhalte auch diese Aspekte. Zum Beispiel müssten bei der Sanierung von Gebäuden auch die Erfordernisse des Denkmalschutzes gebührend berücksichtigt werden, und es dürfe nicht sein, dass traditionelle Bauweisen, wie etwa der Backsteinbau, den Belangen der Energieeffizienz geopfert würden.

VII Abschlussitzung „Die Zukunft der parlamentarischen Zusammenarbeit in der Ostseeregion“ – Podiumsdiskussion

Botschafter **Sven Hirdman** (Schweden) führte bei der Eröffnung der Diskussion aus, dass die Vergangenheit ihre Spuren in der Region hinterlassen habe und noch immer Ängste und Vorurteile existierten, insbesondere zwischen Russland und den baltischen Staaten. Ein Weg, um diese abzubauen, sei die Abschaffung der Visaregelungen zwischen Russland und den Ländern des Schengener Abkommens sowie die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und Russland. Damit könnten persönliche Kontakte erleichtert und Vorurteile abgebaut werden. Als zweiten Punkt nannte Botschafter Hirdman grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte. Trotz einiger bereits ins Auge gefasster und begonnener Projekte gebe es hier noch erheblichen Bedarf. Ein Bei-

spiel hierfür sei der grenzüberschreitende Verkehr und die Entwicklung einer kohärenten Transportinfrastruktur für die gesamte Region. Der dritte Punkt betreffe die Sicherheit auf See. Die hohe Zahl der Öltransporte berge ein enormes Risiko für Schiffskollisionen und Öllunfälle. Er frage sich, warum das für den finnischen Meerbusen geltende Überwachungssystem GOFREP nicht auf die gesamte Ostsee ausgeweitet werden könne. Ein multinationales Zentrum, das auf 24-stündiger Betriebsbasis funktioniere, wäre eine wesentliche Erleichterung.

Der Abgeordnete **Paulus Saudargas** (Litauen) bekräftigte den Wunsch nach Sicherheit für die Bürger und einer langfristigen und stabilen sozialen Entwicklung als Schlüsselemente für die Zukunft der Ostseeränderstaaten. Bestehende Mechanismen und Ressourcen sollten hierzu besser genutzt werden und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf Augenhöhe erfolgen. Der Abgeordnete **Ryszard Górecki** (Polen) schloss sich dem an und fügte hinzu, dass Freizügigkeit und ein visafreies System diesen Wunsch unterstützen würden. Er forderte mehr Effizienz in der parlamentarischen Zusammenarbeit und mehr gemeinsame Aktionen der BSPC. Er begrüßte die Anregung, das finnische Schiffsüberwachungssystem auf die gesamte Ostsee auszuweiten. Die Abgeordnete **Christina Gestrin** (Finnland) ergänzte, dass die BSPC als Plattform für den Meinungsaustausch, für Gespräche und die Netzwerkarbeit eine wichtige Rolle spiele. Die Parlamentarier müssten mehr Druck auf ihre Regierungen ausüben und die Umsetzung von beschlossenen Maßnahmen besser kontrollieren. Sie bekräftigte, dass es ureigene Verpflichtung von Parlamentariern sei, für Demokratie, Transparenz und Menschenrechte einzustehen. Diese Themen müssten fester Bestandteil jeder Tagesordnung der BSPC sein. Abgeordneter **Franz Thönnies** (Deutscher Bundestag) unterstrich die Bedeutung einer stabilen Demokratie für die Bürger und die Region. Die Abschaffung der Visapflicht in der Region könne dazu beitragen, grenzüberschreitende Aktivitäten und zwischenmenschliche Begegnungen zu fördern. Dennoch dürfe das Problem der grenzüberschreitenden Kriminalität nicht außer Acht gelassen werden. Kontrollen vor und hinter den Grenzen durch modern ausgestattete und ausreichend mit Personal versehene Behörden sowie eine gute Zusammenarbeit würden das Vertrauen der Menschen in die staatlichen Institutionen stärken. Aufgabe der Parlamentarier sei es, bei der Bekämpfung von Terror und Fremdenfeindlichkeit zusammen zu arbeiten. Das Beispiel Norwegens zeige, wie eine aufgeklärte und sich zu den Werten der Demokratie bekennende Bevölkerung mit einem so furchtbaren Anschlag wie dem von Oslo im Juli 2011 umgehen könne. Ein weiteres Thema seiner Ausführungen war die Lage der ethnischen Minderheiten und die Bewahrung des kulturellen Erbes in der Region. Der Zusammenhalt einer Gesellschaft zeige sich auch darin, wie gut sie ihre Minderheiten integriere. In Bezug auf die kulturelle Identität in der Ostseeregion forderte er, die Jugend stärker einzubeziehen. Der Ausbau von Partnerschaften und Kontakten zwischen Schulen in den einzelnen Ländern sollte verstärkt gefördert werden. Er regte an, der BSPC-Konferenz eine Jugendkonferenz vorzuschalten und die

Vertreter von Jugendforen zu den BSPC-Konferenzen einzuladen. Ebenso müsse bei der Erarbeitung des Ostseegeschichtsbuches der Jugend ein gebührender Anteil eingeräumt werden. Franz Thönnies stellte fest, jeder Abgeordnete solle dafür Sorge tragen, dass eine Schule in seinem Wahlkreis eine Partnerschaft mit einer anderen Schule oder Universität eines anderen Ostseeränderstaates eingehe.

Der Abgeordnete **Ryszard Górecki** (Polen) unterstützte diese Vorschläge und setzte sich ebenfalls für einen stärkeren Jugendaustausch und die Mitwirkung an Forschungsprojekten ein. Die Mobilität von jungen Menschen und Wissenschaftlern in der Ostseeregion sei noch sehr verbesserungsfähig. Er sagte, dass Universitäten wichtige Vermittler von Kultur und nationaler Geschichte seien. Ferner wünsche er sich verstärkte Bemühungen zur Umsetzung der parlamentarischen Empfehlungen in Regierungshandeln. Zu diesem Zweck müsse auch die Zusammenarbeit mit HELCOM und dem Ostseerat weiter verstärkt werden. Der Abgeordnete **Vatanyar Yagya** (Regionalparlament Sankt Petersburg) wies darauf hin, dass es von Seiten der Stadt Sankt Petersburg und einiger anderer russischer Regionen bereits etliche Jugendaustauschprogramme gebe. Er begrüße daher ein Jugendforum für die Ostseeregion sehr. Junge Menschen seien die effizientesten Botschafter eines jeden Landes. Ein anderes ihm sehr am Herzen liegendes Problem sei das der am Meeresboden liegenden Waffen und chemischen Kampfmittel. Dass einige Fischarten wie zum Beispiel der Lachs in der Ostsee weitgehend verseucht seien, hänge auch damit zusammen. Die Abwasserleitungen von Sankt Petersburg seien dank der neuen Aufbereitungsanlagen zu 97 Prozent gereinigt. In Bezug auf die Atomkraftwerke in Sankt Petersburg sei festzustellen, dass die Region ohne sie nicht auskomme, dass aber ihre Sicherheit und die Kontrolle verbessert werden müssten. Die Abgeordnete **Renate Holznagel** (Landtag Mecklenburg-Vorpommern) befürwortete ebenfalls, der Umsetzung der Empfehlungen der BSPC mehr Nachdruck zu verleihen. Sie würdigte ausdrücklich, dass es der BSPC bislang immer gelungen sei, einstimmig ihre Konferenzentschlüsse zu verabschieden, trotz häufig stark divergierender Meinungen.

VIII Wahl der Vorsitzenden und Verabschiedung der Konferenzdokumente

Zum Abschluss der Konferenz verabschiedeten die Abgeordneten einstimmig die geänderte Geschäftsordnung, das Arbeitsprogramm der BSPC für das Jahr 2012, wählten die Abgeordnete **Valentina Pivnenko** (Russische Duma) zur neuen Vorsitzenden der BSPC. Sie beschloss, eine neue Arbeitsgruppe zum Thema „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“ einzusetzen. Sie verständigten sich ferner darauf, der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen (NDPHS) Beobachterstatus bei der BSPC zu verleihen.

Die Abgeordnete **Valentina Pivnenko** (Russische Duma) dankte den Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmern für ihre Wahl zur Vorsitzenden der BSPC für das Jahr

2011/2012. Sie lobte die hervorragende Arbeit ihrer Vorgängerin Christina Gestrin, die viele Initiativen auf den Weg gebracht habe. Frau Pivnenko hob hervor, dass sich die BSPC in den vergangenen 20 Jahren als eines der effizientesten Foren in der Ostseeregion erwiesen habe und auch in Zukunft darauf Wert legen sollte, einer der führenden Akteure in der Region zu bleiben. Für die Zukunft müsse der Schwerpunkt weiter auf den Ausbau der Zusammenarbeit in der Region gelegt werden und ergänzend zu Bewährtem auch neue Wege eingeschlagen werden. Sie lud zum Schluss ihrer Rede alle Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer zur 21. Ostseeparlamentarierkonferenz nach Sankt Petersburg im August 2012 ein.

Die scheidende Vorsitzende **Christina Gestrin** (Finnland) dankte in ihrem Schlusswort dem finnischen Parla-

ment für die Ausrichtung der 20. Jubiläumskonferenz. Es sei ein schönes Zeichen, die 20. Konferenz dort zu veranstalten, wo vor 20 Jahren alles begonnen habe. Die Kenntnis der Geschichte sei ein guter Ausgangspunkt für den Aufbruch zu künftigen Unternehmungen. Viele Redner hätten der BSPC dafür gedankt, dass sie Fragen von zentraler Bedeutung in das politische Blickfeld gerückt habe, und alles, was sie dazu beitragen könne, dass dies auch in Zukunft so sein werde, bleibe ihr ein Anliegen. Ihrer Nachfolgerin wünsche sie jeden nur erdenklichen Erfolg bei der Ausübung ihres Mandates.

Franz Thönnies, MdB
Delegationsleiter

IX Verabschiedete Konferenzentschließung

Entschließung der Konferenz

verabschiedet von der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Ostseeanrainerstaaten*, die vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki (Finnland) zusammengetroffen sind, die Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „integrierte Meerespolitik“, „zivile Sicherheit“, und „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“ erörternd,

A. unter Bekräftigung ihrer gemeinsamen Verpflichtung, sich beharrlich für eine positive und pluralistische politische, soziale und wissenschaftliche Entwicklung der Ostseeregion auf der Grundlage umweltpolitischer Belange und des Grundsatzes der Nachhaltigkeit einzusetzen und dabei den Wählern in ihren Wahlkreisen zuzuhören und ihnen Gehör zu verschaffen, indem sie politische Themen in ihren Parlamenten und den zuständigen Ausschüssen voranbringen und politischen Druck auf die Regierungen ausüben, damit diese den Pflichten und Verpflichtungen nachkommen, die sie zugunsten der Region eingegangen sind;

B. unter Bekräftigung des gegenseitigen Nutzens einer engen Zusammenarbeit zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und dem Ostseerat (CBSS), beispielsweise durch einen wachsenden und kontinuierlichen Austausch zwischen den verschiedenen Arbeitsorganen der Organisation und einen engeren Abgleich der politischen Prioritäten und Zielthemen, wodurch ihre individuellen Kapazitäten sowie die Gesamtkapazitäten gestärkt werden, sodass sie sich erfolgreich den Herausforderungen der Ostseeregion stellen können;

C. in Würdigung der umfassenden Erklärung des 16. Ministertreffens des Ostseerates (CBSS) vom 7. Juni 2011 in Oslo, in der unter anderem die aktuellen Bemühungen um den Aufbau der Zusammenarbeit zwischen Island, Norwegen, Russland und der EU in den Bereichen, in denen im Rahmen der EU-Ostseestrategie gemeinsame Ziele festgestellt werden können, begrüßt werden und die darüber hinaus die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz in den Schwerpunktbereichen Meerespolitik und Bekämpfung des Menschenhandels anerkennt;

D. erneut ihre ausdrückliche Unterstützung für den HELCOM-Ostseeaktionsplan und ihre gemeinsame Hoffnung zum Ausdruck bringend, dass alle HELCOM-Regierungen ihre nationalen Implementierungspläne umsetzen und erfolgreich durchführen, um bis 2021 einen guten Umweltzustand der Ostsee herbeizuführen;

E. unter Aufrechterhaltung ihrer Forderung, dass die EU-Ostseestrategie mit der Politik der Nördlichen Dimension abgestimmt werden muss, die die EU- und Nicht-EU-Staaten der Region auf gleichberechtigter Ebene zusammenbringt, da eine glaubwürdige, langfristige Lösung für die Herausforderungen der Region die Beteiligung und das Engagement aller wichtigen Akteure verlangt;

F. in der Erkenntnis, dass die Überprüfung der EU-Ostseestrategie, die im Rahmen der polnischen EU-Ratspräsidenschaft stattfinden wird, eine Chance bietet, die Synergien zwischen der EU-Ostseestrategie und den wichtigsten vorhandenen Kooperationsstrukturen in der Ostseeregion zu verbessern;

G. unter Begrüßung der Schaffung einer parlamentarischen Ebene der Nördlichen Dimension, z. B. im Rahmen des wiederkehrenden Parlamentsforums Nördliche Dimension, das zuletzt 2011 in Norwegen stattfand und das nächste Mal im Jahr 2013 in Russland zusammenkommen soll;

H. darüber hinaus unter Begrüßung der Fortführung konkreter Projekte im Rahmen der Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension und der Ressourcenzuweisung für diese Projekte, der Durchführung der beiden neuen Partnerschaften im Rahmen der Nördlichen Dimension für Verkehr und Logistik sowie für Kultur und unter Anerkennung des Austauschs zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz und der Partnerschaft der Nördlichen Dimension in den Bereichen Gesundheit und soziales Wohlergehen, von dem beide Seiten profitieren;

I. in Würdigung der Arbeit von Organisationen und Aktivitäten auf subregionaler Ebene – z. B. des Ausschusses der Regionen (CoR), der Kooperation der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC), der Union der Ostseestädte (UBC) und des Parlamentsforums Südliche Ostsee (PFSBS) – und in Anerkennung ihrer Erfahrungen und Kapazitäten im Hinblick auf die Feststellung von Problemen in der Region und die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme;

J. unter Begrüßung der Durchführung der gemeinsamen Veranstaltung der Arbeitsgruppe „Integrierte Meerespolitik“ der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Expertengruppe „Meerespolitik“ des Ostseerates (CBSS) und der Arbeitsgruppe „Meerespolitik“ der Kooperation der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC) im Rahmen des Europäischen

* Das Parlament der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, der Republik Karelien, Lettlands, Leningrads, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, der Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation, die Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, die Baltische Versammlung, das Europäische Parlament, der Nordische Rat und die Parlamentarische Versammlung des Europarates.

Tags der Meere am 20. Mai 2011 in Danzig (Gdańsk) und in Unterstützung der weiteren Koordination und der gemeinsamen Aktivitäten zwischen diesen und anderen Institutionen und Organisationen;

K. unter nachdrücklichem Hinweis darauf, dass die Bürger bei der Planung und Umsetzung von Strategien und Projekten, die die Entwicklung der Ostseeregion beeinflussen, auf dem Laufenden gehalten und beteiligt werden sollten; nichtstaatliche Organisationen spielen eine unschätzbare Rolle als Meinungsmacher und als unabhängige Experten, deren Auffassungen, Warnungen und Ratschläge ernst genommen werden sollten;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die weitere Entwicklung und die Aktivitäten des Ostseerates (CBSS) durch Bereitstellung langfristiger Ressourcen für dessen projektbasierten und zielorientierten Ansatz bei der Behandlung bestimmter Themen, die für die Ostseeregion von großer Bedeutung sind, und die kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Ostseeparlamentarierkonferenz und die Konvergenz von Schwerpunktthemen zu unterstützen;
2. ausreichende Ressourcen zuzuweisen und die Bemühungen um die Entwicklung, Überwachung und Umsetzung der nationalen Implementierungspläne im Rahmen des HELCOM-Ostseeaktionsplans mit dem Ziel der Herbeiführung eines guten Umweltzustands der Ostsee bis 2021 zu verstärken;
3. sich für die fortlaufende Koordinierung der Prioritäten und konkreten Aktivitäten der EU-Ostseestrategie und der Nördlichen Dimension einzusetzen und dabei darauf zu achten, dass alle Akteure der Ostseeregion gleichberechtigt zusammenarbeiten können;
4. die bestehenden Verpflichtungen gegenüber dem Ostsee-Aktionsgipfel zu erfüllen und neue Verpflichtungen zu unterstützen;
5. einen Überblick zu gewinnen, um Klarheit über die Verfügbarkeit verschiedener Finanzquellen und anderer Mittel für Projekte und Investitionen in der Ostseeregion zu gewinnen und dafür zu sorgen, dass diese effizient verwendet werden und dass der Zugang zu Mitteln für alle Akteure erweitert und ermöglicht wird;
6. dem Fonds für Technische Hilfe des Ostsee-Aktionsplans finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, die gemeinsam von der Nordischen Investitionsbank (NiB) und der Nordischen Umweltfinanzierungsgesellschaft (NEFCO) verwaltet werden mit dem Ziel, Projekte zu unterstützen, die die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans fördern;
7. Initiativen, Veranstaltungen und Mechanismen anzuregen und zu unterstützen, die Akteure der Ostseeregion zum Informationsaustausch und zur Koordination von Schwerpunkten und Aktivitäten zusammenbringen mit dem Zweck, Doppelarbeit zu vermeiden und Synergien zu schaffen; das Parlamentarische Forum der Nördlichen Dimension und das Forum für die EU-Ostseestrategie sind löbliche Beispiele dafür;
8. die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu fördern und nichtstaatliche Organisationen durch finanzielle und administrative Ressourcen zu unterstützen;
9. die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in der Ostseeregion zu fördern;

im Hinblick auf die integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion

10. die politischen Empfehlungen bezüglich der integrierten Meerespolitik in der 19. BSPC-Entschließung von 2010 wieder aufzugreifen;
11. die Forschungsarbeit zu intensivieren und die Nutzung alternativer Schiffstreibstoffe wie Flüssigerdgas (LNG) in der Ostseeregion und anderer Treibstoffe durch Unterstützung innovativer emissionsreduzierender Technologien und deren Einsatz durch die Schaffung von Anreizen für Investitionen in den Ausbau der notwendigen Hafeninfrastruktur mit einem gut ausgebauten Verteilungsnetz und einheitlichen Industrie- bzw. Nutzungsstandards zu fördern;
12. vor dem Hintergrund neuer Studien über die Auswirkungen der im Rahmen des internationalen MARPOL-Übereinkommens vorgesehenen Reduzierung des Schwefelgehalts von Schiffstreibstoffen auf 0,1 Prozent ab dem Jahr 2015 Vorkehrungen zu treffen und Initiativen zu starten, um eine Verlagerung des Verkehrs von See auf Land zu verhindern;
13. Anreize für die Umrüstung vorhandener Schiffe zu fördern und sich aktiv innerhalb der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) für die zügige Ausweisung weiterer Meeresgebiete, z. B. des Mittelmeers, als Schwefelemissionsüberwachungsgebiete (SECA) einzusetzen, womit sich Wettbewerbsnachteile für die Ostseeregion beseitigen ließen;
14. auf den Bürokratieabbau zugunsten des grenzüberschreitenden Seeverkehrs hinzuwirken;

15. die maritime Raumplanung als ein wichtiges Instrument für ein optimiertes Zusammenwirken der Akteure in den unterschiedlichen maritimen Sektoren im Interesse einer effizienteren und nachhaltigen Nutzung von Meeresgewässern und Küstenregionen auszubauen, nationale und aufeinander abgestimmte Raumplanungskonzepte zu erstellen und dabei eine stärkere grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Ostseeanrainerstaaten zu fördern;
16. mithilfe der Entwicklung von ökologischen Hafendienstleistungen eine nachhaltige Hafenentwicklung zu unterstützen, beispielsweise durch den Bau von Einrichtungen zum Auffangen von Abwässern in allen wichtigen Ostseehäfen bis spätestens 2015, um die Umweltbelastung für die Anwohner in Hafengebieten zu verringern und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen zu stärken;
17. eine integrierte Meerespolitik angesichts ihrer wirtschaftlichen und ökologischen Bedeutung für den gesamten Ostseeraum weiter auszubauen, insbesondere durch
- die Entwicklung und Förderung integrierter maritimer Leitprojekte für den gesamten Ostseeraum (z. B. des Projekts „Saubere Seeschifffahrt in der Ostsee“, des Galileo-Forschungshafen Rostocks und des Projekts SUCBAS – *Sea Surveillance Co-operation Baltic Sea* – „Kooperation zur Meeresüberwachung in der Ostsee“) auch in den Bereichen „grüner und sicherer Verkehr und eine saubere Umwelt“ für die Stärkung des umweltfreundlichen Güterverkehrs und die Hafenzusammenarbeit in der gesamten Ostseeregion, um auf diese Weise die Meerespolitik auf europäischer Ebene zu verankern,
 - die Unterstützung und Förderung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen der Meerespolitik und durch
 - die Entwicklung einer nationalen integrierten Meerespolitik in den Mitgliedstaaten;
18. integrierte Aktivitäten der Ostseeregion in den Bereichen Meeresforschung, Technologie und Innovation zu unterstützen, um das Wachstumspotenzial neuer Meeressektoren wie der Energiegewinnung in Offshore-Anlagen und Offshore-Technologien, der Sicherheits- und Überwachungstechnik sowie der maritimen Umwelttechnik zu nutzen und Zukunftsmärkte zu erschließen; hierfür sind die erforderlichen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und bestmögliche Verfahren zu kommunizieren;
19. den umweltverträglichen Kreuzfahrttourismus vor dem Hintergrund seiner Bedeutung für die gesamte Ostseeregion als maritimen Wachstumssektor zu entwickeln, beispielsweise durch attraktive Inlandtourismusangebote und gemeinsame Vermarktungskonzepte im Tourismusbereich;
20. die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen für den sicheren Schiffsbetrieb in schwierigen und eisigen Winterverhältnissen fortzuführen;
21. Projekte und Aktivitäten, deren Schwerpunkt auf der Navigationssicherheit liegt, z. B. das Schiffsmeldesystem für den gesamten Ostseeraum (SRS) und den Schiffsverkehrsdienst (VTS), zu unterstützen und die Entwicklung der Ostseeregion als Pilotregion für die e-Navigation zu fördern;

im Hinblick auf die zivile Sicherheit in der Ostseeregion

22. gemeinsam grenzübergreifende Szenarien zu entwickeln und alle natürlichen und von Menschenhand geschaffenen Sicherheitslücken in der Ostseeregion festzustellen, um mögliche Katastrophen und Störungen zu identifizieren, ein umfassendes regionales Risikoregister aufzubauen und alle regionalen Kapazitäten durch Kapazitätsaufbau, Schulungen und Übungen zur Vorbeugung von und im Umgang mit Gefahrensituationen zu stärken;
23. die HELCOM-Ad-hoc-Expertengruppe „chemische Munition“ zu unterstützen, um alle möglichen zusätzlichen Informationen über das Versenken von chemischen Kampfstoffen nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenzustellen und zu prüfen, ob die allgemeinen Schlussfolgerungen des „CHEMU Report“ nach wie vor gültig sind;
24. vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011 die regionale Zusammenarbeit zu verstärken, stringente Bedingungen und Bestimmungen für den Bau und Betrieb und die Außerbetriebsetzung von Atomkraftwerken sowie für die Lagerung und Verarbeitung abgebrannter Brennelemente zu erarbeiten und umzusetzen, aber auch um die Chance zu nutzen, die Bemühungen um die Förderung der Entwicklung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und grünen Technologien zu intensivieren;

im Hinblick auf den Menschenhandel

25. die politischen Empfehlungen bezüglich des Menschenhandels in der 19. BSPC-EntschlieÙung von 2010 wieder aufzugreifen;
26. umfassende Analysen hinsichtlich der wirtschaftlichen Aspekte des Menschenhandels in die Wege zu leiten und zu unterstützen, die Abstimmung zwischen den zuständigen Behörden und Institutionen zu fördern, um aus dem Menschenhandel stammende Geldströme aufzuspüren, die Fähigkeiten und die Zusammenarbeit von Polizei, Finanzbehörden und anderen zuständigen Institutionen zu optimieren, um aus dem Menschenhandel stammende Geldflüsse zu ver-

folgen und um die rechtlichen und administrativen Mittel zur Beschlagnahme von Einnahmen aus dem Menschenhandel sowie zur Verhängung von drastischen Geldstrafen für am Menschenhandel beteiligte Personen zu verstärken;

27. Maßnahmen zur Gewinnung umfassenderer Kenntnisse in Bezug auf die Art und den Umfang des Menschenhandels zum Zwecke der Zwangsarbeit zu fördern und dabei die geschlechtsspezifische Dimension zu berücksichtigen, die Entwicklung gemeinsamer Strategien gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sowie den zuständigen Behörden einzuleiten und zu unterstützen, gesetzliche und operative Mittel zur Erkennung und Bekämpfung von Menschenhandel zum Zwecke der Zwangsarbeit zu stärken und Informationskampagnen über Menschenhandel zum Zwecke der Zwangsarbeit durchzuführen;

28. die besonderen Probleme von Kindern, die Opfer von Kinderhandel sind, in Gesetzen und Verwaltungsrichtlinien aufzugreifen und dabei einen multidisziplinären Ansatz und die multisektorale Abstimmung zu nutzen, bei denen das Wohl des Kindes absolute Priorität erhält; hierzu gehört beispielsweise, dass ein Kind grundsätzlich nicht in Gewahrsam genommen und bestraft werden sollte und die garantierte Bereitstellung von Unterkünften mit geeigneten, auf die Bedürfnisse von Kindern zugeschnittenen Einrichtungen, in denen Fachkräfte den Kindern Vertrauen vermitteln, um deren Verschwinden aus den Unterkünften zu verhindern;

29. die Effizienz und Relevanz existierender Gesetze und rechtlicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels, z. B. mit Hilfe von Anfragen an die zuständigen Behörden, zu untersuchen und gegebenenfalls Gesetze zu erarbeiten und anzupassen, um in angemessener Weise auf aktuelle und sich entwickelnde Formen des Menschenhandels zu reagieren und die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Bereichen des politischen Systems und des Rechtssystems zu verbessern;

30. Anstrengungen zu unternehmen, um das Bewusstsein für den Menschenhandel zu verschärfen, z. B. durch die Unterstützung und Durchführung von Informationskampagnen und Aktivitäten zur Einbeziehung Dritter, wie beispielsweise die Kampagne „Safe Trip“ (www.safetrip.se) des Rates der Ostseeanrainerstaaten (CBSS) und ähnliche Initiativen von Privatunternehmen und nichtstaatlichen Organisationen und auch Maßnahmen zu unterstützen, durch die Meldungen von Verdachtsfällen des Menschenhandels an die Behörden, z. B. über Hotlines, erleichtert werden;

31. Maßnahmen zur verstärkten gemeinsamen Wahrnehmung und des Erkennens von Menschenhandel durch alle Akteure in der Region in die Wege zu leiten und zu unterstützen und dadurch für eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen ihnen einzutreten und überdies den Austausch und die Zusammenarbeit mit den sich aktiv an der Bekämpfung des Menschenhandels beteiligenden internationalen Organisationen zu erweitern, z. B. den Vereinten Nationen (VN), der Interparlamentarischen Union (IPU), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und anderen;

32. kontinuierlich Bewertungen und Meldungen über Fortschritte und Ergebnisse im Kampf gegen den Menschenhandel vorzulegen, die auf gemeinsam entwickelten und vereinbarten Erfolgskriterien bezüglich bestimmter Faktoren beruhen, z. B. der Zahl der Verurteilungen, der sicheren Rückkehr von Opfern und ähnlichem; dadurch sollte auch sichergestellt werden, dass Programme und Strategien kontinuierlich aktualisiert sowie an neue und sich verändernde Formen des Menschenhandels angepasst werden;

33. die Schaffung günstiger Arbeitsbedingungen für aktiv an der Bekämpfung des Menschenhandels beteiligte Personen zu fördern, um dadurch die Abwanderung von erfahrenem Personal zu reduzieren sowie kontinuierliches Arbeiten und die Zunahme von Kompetenzen zu ermöglichen;

34. Maßnahmen zu fördern, die der Stärkung der Fähigkeit zur Identifizierung und Anklage von Mittelsmännern im Menschenhandel dienen, also von Personen, die indirekt vom Menschenhandel profitieren, indem sie beispielsweise Kontakte zwischen potenziellen Käufern sexueller Dienstleistungen und Menschenhändlern bzw. Opfern von Menschenhandel fördern, z. B. im Taxi-/Hotelgewerbe oder im Fährdienst;

im Hinblick auf Gesundheit und soziales Wohlergehen in der Ostseeregion

35. in Anerkennung der entscheidenden Rolle der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Gesundheit und Soziales (NDPHS) für die regionale Arbeit auf diesem Gebiet sowie in Anerkennung der Notwendigkeit, Unterstützung zu erhalten für deren Projektinrichtungen und Aktivitäten, die darauf abzielen, die Ostseeregion dabei zu unterstützen, Fortschritte bei der Umsetzung ihrer wichtigen globalen und europäischen Ziele und Vorgaben zu machen, angemessene und langfristige Mittel für gemeinsame regionale Aktivitäten und Vorhaben zu vergeben, um Gesundheit und soziales Wohlergehen zu verbessern;

36. abgestimmte Aktionen zur Ergänzung nationaler Maßnahmen zu unternehmen zur Lösung von Problemen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, hervorgerufen durch vermeidbaren ungesunden Lebensstil im Allgemeinen und Alkohol- und Drogenmissbrauch im Besonderen, die zu Krankheiten führen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt

und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung bedrohen, und dabei die geschlechtsspezifische Dimension zu berücksichtigen;

37. die Beachtung von Themen in den Bereichen Gesundheit und soziales Wohlergehen in anderen wichtigen politischen Bereichen zu fördern, was dem Ansatz der Förderung der Gesundheit in allen politischen Bereichen entspricht;

im Hinblick auf grünes Wachstum und Energieeffizienz in der Ostseeregion

38. Politiken zu verabschieden und Maßnahmen zu ergreifen, um aus der Ostseeregion eine Ökoregion zu machen, in der Wirtschaftswachstum Hand in Hand mit einer intakten Umwelt und sozialer Gerechtigkeit geht, indem ökologische Innovationen, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion sowie nachhaltige städtische und ländliche Entwicklungsstrategien gefördert werden;

39. Forschung, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung im Bereich grüner Technologien und Energieeffizienz zu fördern; dies beinhaltet unter anderem die Untersuchung der Möglichkeit zur Entwicklung erneuerbarer Energien in der Region, beispielsweise durch die Schaffung rechtlicher und sonstiger Anreize für kleine und mittelständische Unternehmen zur Förderung des Kapazitätsaufbaus für eine nachhaltige Produktion und die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (*Corporate Social Responsibility, CSR*);

40. einen integrierten Ansatz zur Verbesserung der Energieeffizienz in Haushalten, Behörden, Industrieunternehmen und im Verkehr zu fördern, beispielsweise durch die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen und physischer Planungsanforderungen, die Investitionen für Energie einsparende Geräte und Methoden und die Hinwendung zu diesen Geräten und Methoden unterstützen, sowie durch den Aufbau von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor, um mehr Investitionen in grüne Technologien für die Zukunft der Region zu fördern;

41. Anreize und Möglichkeiten für umweltgerechte öffentliche Beschaffungen und Verfahren für Behörden auf allen Ebenen zu schaffen, beispielsweise durch Einführung des Nachhaltigkeitskriteriums in Ausschreibungen und Beschaffungsverfahren;

42. die Arbeit des Forums „Energiepolitische Zusammenarbeit im Ostseeraum“ (*Baltic Sea Region Energy Co-operation, BASREC*) und die Schlussfolgerungen der bevorstehenden Konferenz der Energieminister im Frühjahr 2012 in Berlin zur Kenntnis zu nehmen;

43. Aufklärungskampagnen und Aktivitäten durchzuführen, um die Menschen für grünes Wachstum und Energieeffizienz und deren wirtschaftliche und ökologische Vorteile für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt zu sensibilisieren und dabei den Schwerpunkt auf die Hervorhebung praktischer Lösungen zur Steigerung der Energieeffizienz zu legen;

44. die Aktivitäten von „Baltic 21“ weiterhin zu unterstützen und ein auf vier Jahre angelegtes Projekt „Green Growth for a Bluer Baltic Sea“ („Grünes Wachstum für eine blauere Ostsee“) ins Leben zu rufen, um gemeinsame Prioritäten beispielsweise in den Bereichen Energie, Wasser, Verkehr und Tourismus festzulegen, Strategien für die schnellere Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz zu entwickeln und für den Austausch von Informationen über bestmögliche Verfahren unter den Akteuren und Interessensgruppen zu sorgen.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

45. zur Bekämpfung des Menschenhandels Netzwerke von Parlamentariern zu etablieren, um ein anhaltendes Engagement sicherzustellen und das Problem deutlich sichtbar zu machen, die Fortschritte bei den verschiedenen Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels kontinuierlich zu überwachen und im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Menschenhandels die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative weiter auszubauen; im Rahmen dieser Bemühungen sollten diese Netzwerke auf Handbücher und Richtlinien zurückgreifen, die beispielsweise von folgenden Institutionen herausgegeben werden: Vereinte Nationen (VN), Interparlamentarische Union (IPU), Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE), Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und andere;

46. der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Gesundheit und Soziales (NDPHS) Beobachterstatus zu gewähren;

47. die Umgestaltung und Nachbetreuung des Netzwerks für zukunftsfähige Arbeitsmärkte im Ostseeraum (*Baltic Sea Labour Network, BSLN*) zu unterstützen und dabei ein ständiges Forum für den sozialen Dialog in der Ostseeregion einzurichten, um die Unterstützung der Öffentlichkeit im Bereich der Arbeitnehmerrechte zu sichern;

48. eine Arbeitsgruppe für grünes Wachstum und Energieeffizienz einzusetzen, die im Rahmen der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegen soll;

49. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für 2011 bis 2012 anzunehmen;

50. die überarbeitete Geschäftsordnung der Ostseeparlamentarierkonferenz anzunehmen, die nach Abschluss der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft tritt;

51. mit Dankbarkeit das freundliche Angebot der Föderationsversammlung der Russischen Föderation zur Ausrichtung der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2012 im Mariinski-Palast, dem Sitz des Parlaments von St. Petersburg, anzunehmen.

